Westfalia
...ein für kath. Kaufleute und Beamte.
...ittwoch, 8. Nov., abends 9 Uhr
...eneralversammlung.
Tagesordnung:
1. Vorstandswahl,
2. Verschiedenes.
Der Vorstand findet ... bereits ½9 Uhr ...nktlich im Vereins...ale ein. [6092
Wir bitten um voll...ziges Erscheinen.
Der Vorstand.

...Für Landhaushalt bei ...rmont ein tüchtiges
...ädchen.
...liches melken kann u. ...ädchen zu Kindern ...ucht. Näheres bei ... Gerh. Pottmeyer, ... Langenbergstraße.

...Auf sofort ein
...Knecht
... landwirtschaftliche ...eiten gesucht. [6081 ...Näh. Geschäftsstelle.

...ein Junge, ...Jahre alt, der schon ...ahre auf dem Lande ... u. gut mit Pferden ...gehen kann, sucht ...lle auf dem Lande. ...Näh. Geschäftsstelle.

...Junger Kaufmann ...t
...öbl. Zimmer.
...Offerten unter C. 6051 ... die Geschäftsstelle ...ten.

Gr. Posten
...Baumwoll-waren
...Fabrikanten o. Aus... ...er gesucht. ...em. Offerten erbittet ...W. Jakobowitz, Berlin, Jüdenstr. 54.

...ung! Jäger! Kaufe Reis
...Wild
...höchsten Tages...preisen.
...elm van Aalten, ...Besemannstr. 2, ...Liebfrauenkirche.

...ldichte eich. ...elfässer
...kaufen gesucht.
...werke G. Megain ...G. m. b. H. ...weigfabrik ...oest i. W.

Einige
...erghühner
...kaufen. ...Nordwall 28.
...Schöttling
...kaufen. 3466 Geschäftsstelle.

Bezugspreis einschließlich Post- und Zustellungsgebühr Mk. 66.— (freibleibend). — Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anzeigenpreis ... Millimeter im Anzeigenteil ... Mk. und 1.65 Mk. ... Millimeter Zeile im Reklameteil und das angrenzenden Gebiete 12.00 Mk. ... Familienanzeigen 9.00 Mk., Arbeitsmarkt 6.00 Mk.

Rheder Volkszeitung

Amtlicher Anzeiger des Landratsamts, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken. — Organ der Zentrumspartei.

Anholt-Isselburger Zeitung

Nr. 262 | Katholisch: Theodor. | Donnerstag den 9. November | Evangelisch: Theodor. | 1922

Ein Anleiheangebot zur Stabilisierung der Mark.

Heute Ueberreichung der deutschen Finanzvorschläge.

Berlin, 8. November. (Tel.) **Heute vormittag trat das Reichskabinett zusammen, um mit der Vorbereitung der Antwort an die Reparationskommission sich zu befassen. Die zweite Sitzung des Kabinetts soll heute nachmittag abgehalten werden. Die Ueberreichung der deutschen Antwortnote dürfte nach der „Germania" erst morgen erfolgen. Auch die weitere Besprechung mit den Parteiführern dürfte bis dahin verschoben werden.**

Berlin, 8. November. (Drahtb.) **Die neuen Vorschläge, die die Reichsregierung der Reparationskommission übergeben wird, basieren auf dem Gutachten der Sachverständigen. — Der Reichsregierung ist ein Anleiheangebot einer ausländischen Bankgruppen (Lazar Brothers) gemacht worden. Diese Goldanleihe wird ausdrücklich für die Markstabilisierung und unter der Bedingung der Mitwirkung des Reichsbankgoldes angeboten.**

Die Gutachten der internationalen Sachverständigen.

Berlin, 8. Nov. (Tel.) Die internationalen Finanzsachverständigen haben ihr Gutachten erstattet und es der Reichsregierung mitgeteilt. Das **erste von Brand, Keynes, Cassel und Jenks unterzeichnete Gutachten** enthält folgende Ausführungen:

Die Gutachter sind vollkommen überzeugt von der dringenden Notwendigkeit, die Mark unverzüglich zu stabilisieren. **Unter der Voraussetzung gewisser Zugeständnire seitens der Gläubiger ist eine Stabilisierung möglich.** In erster Linie muß sie aber von Deutschlands eigenen Bemühungen ausgehen. Es ist hoffnungslos, augenblicklich eine Stabilisierung von fremder Hilfe zu erhoffen, da Deutschland als wichtigste Grundlage eine eigene aufbauende Politik haben muß. Auf die Frage, **ob eine Stabilisierung unter den gegenwärtigen Umständen möglich ist, wird mit Nein geantwortet;** 1. aus inneren Gründen, vornehmlich wegen der Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Kriege und in der Nachkriegszeit, 2. aus äußeren Gründen, insbesondere wegen der Lasten aus dem Versailler Vertrage. **Solange nicht Deutschland für einige Zeit von den Zahlungen aus dem Versailler Vertrage entlastet wird, würde jeder Versuch zur Stabilisierung der Mark scheitern** und zur nutzlosen Vergeudung der letzten Reserven Deutschlands führen. Die Länge des Zeitraumes für die Einstellung von Zahlungen wird von der Möglichkeit abhängen, im deutschen Haushalt einen Ueberschuß zu erzielen. **Die Zahlungen können erst wieder aufgenommen werden, wenn sie aus einem wirklichen Ueberschuß stammen, nicht aus neuer Inflation.** Die Gutachter glauben, daß der Zeitraum gegenwärtig auf **mindestens 2 Jahre** festgesetzt werden müßte. Der Zahlungsaufschub muß **die Sachleistungen ebenso wie die Barzahlungen** umfassen. Jeder Stabilisierungsplan wäre solange nur vorläufig, bis nicht eine endgültige und zwar baldige und durchführbare Regelung des Reparationsproblems gefunden wird.

Eine endgültige Regelung des Reparationsproblems wäre sobald wie möglich zu treffen. **Die Unterstützung durch ein internationales Konsortium** würde von der größten Wirkung auf die Stimmung des Publikums sein. Es sollen daher Verhandlungen über eine derartige Hilfsaktion eingeleitet werden. Von einer endgültigen Regelung des Reparationsproblems auf vernünftiger Grundlage könnten ausländische Kredite nur in bescheidenem Umfange als Unterstützung eigener Maßnahmen Deutschlands erhalten werden. Der Erfolg der Stabilisierung hängt von dem Gleichgewicht des Staatshaushaltes ab. Aeußerste Sparsamkeit und äußerste Strenge in der Eintreibung der Steuern sind von entscheidender Bedeutung. Die Beschaffung des Kapitals für öffentliche Arbeiten darf nicht aus den laufenden Einnahmen erfolgen, sondern muß durch innere fundierte Anleihen gedeckt werden.

Auf der Debetseite seiner Zahlungsbilanz hatte Deutschland das Defizit seiner Handelsbilanz, seine Zahlungen aus dem Versailler Vertrage und die Kapitalflucht auszugleichen. Dafür standen nur beschränkte unsichtbare Ausfuhren, Auslandskredite, Auslandskäufe von Mark und Markwerte zu Gebote. Irgendwie haben diese beiden Seiten der Handelsbilanz auch während des laufenden Jahres ausgeglichen sein müssen. Wäre eine Handelsbilanz wirklich in dem Maße passiv, wie angenommen wird, so hätte der Aufkauf von Markwerten durch Ausländer eine Höhe erreichen, daß das Passivsaldo der gegenwärtigen deutschen Handelsbilanz nicht so groß sein kann, und daß, falls die Zahlungsbilanz von den Zahlungen aus dem Vertrage von Versailles und den Kohleneinfuhren zum Ersatz der Lieferungen von Reparationskohle befreit wird, ein Ausgleich der Zahlungsbilanz möglich sein wird. **So halten die Gutachter denn den Zustand der Handelsbilanz nicht für ein entscheidendes Hindernis der Stabilisierung.** Zur Wiederherstellung der deutschen Handelsbilanz wäre die Wiederherstellung der Gleichberechtigung für Deutschland im internationalen Handel inbezug auf das Recht, Zölle von der Luxuseinfuhr zu erheben, und für die Ausfuhr die Meistbegünstigung zu fordern. Eine Stabilisierung wäre zu einem niedrigen Wert der Mark zu versuchen, wobei dieser Wert erheblich höher sein muß, als der augenblickliche. **Augenblicklich dürfte ein Kurs von 3000 bis 3500 Mk. für den Dollar als Grundlage einer Stabilisierung** richtig sein. Bei einem derartigen Kurs aber wird eine erhebliche Steigerung des Notenumlaufs nach und nach in dem Maße möglich sein, wie das Geschäftsleben des Landes zu normalen Verhältnissen zurückkehrt. Der endgültige Konversionsfuß wäre später festzustellen. Nach vollkommener Durchführung der Stabilisierung muß eine neue Verteinheit in der Höhe eines Vielfachen der stabilisierten Papiermark im Interesse der Vermögenserleichterung eingeführt werden.

Als Richtlinien für die Stabilisierung der Mark führen die Gutachter folgendes aus: Wegen der Zustimmung zum Aufschub aller Zahlungen aus dem Versailler Vertrage für die Dauer von 2 Jahren sollte die deutsche Regierung der Reparationskommission folgende Garantien geben:

a) In Berlin ist als besonderer Teil innerhalb der Organisation der Reichsbank eine unabhängige Währungsstelle zu schaffen, der die Reichsbank einen angemessenen Teil ihrer Goldreserve zur Verfügung zu stellen hätte.

b) Solange ein Teil dieses Geldes noch frei ist, hat die Währungsstelle Papiermark bei Angebot zu einem festzusetzenden Kurse zu kaufen.

c) Der gesamte Betrag der schwebenden Schuld darf nicht über eine bestimmte Ziffer hinaus anwachsen.

An diesen Grundsätzen darf ohne Genehmigung der Reparationskommission nichts geändert werden. Nach Genehmigung vorstehender Vorschläge durch die Reparationskommission wäre ein internationales Finanzkonsortium zur Mitarbeit bei der finanziellen Stützungsaktion einzuladen.

Weitere Vorschläge betreffen **die Schaffung einer Devisenreserve und die Beseitigung aller Devisenverordnungen.** Ferner heißt es: Der Reichsbankdiskontsatz müßte hinreichend heraufgesetzt und teures Geld solange aufrecht erhalten werden, bis die Stabilisierung völlig gesichert ist. Dagegen mußten die Handelswechsel weitherzig diskontiert und Lombardvorschüsse gegen übliche Sicherheiten für den legitimen Bedarf des Handels eingeräumt werden. Zur Heranziehung der ungenutzten Devisen des deutschen Privatpublikums soll die Währungsstelle **Goldschatzwechsel mit ein- bis zweijähriger Laufzeit** ausgeben; Devisen per Kassa kaufen und auf Termin wieder verkaufen. Da eine erweiterte Notenzirkulation für den geschäftlichen Bedarf eines Landes erforderlich ist, sobald es zu normalen Bedingungen zurückkehrt, wären die Noten soweit als möglich auszugeben, durch die Diskontierung von Handelswechseln und Gewährung von Lombardkrediten an den Handel durch die Reichsbank sowie durch den Verkauf von Mark durch die Währungsstelle gegen Devisen und daneben in möglichst geringerem Umfange durch weitere Schatzanweisungen zur Deckung des Defizits im Staatshaushalt und in der Uebergangszeit.

Berlin, 8. Nov. (Tel.) Laut Lok.-Anz.' **ging heute auch das zweite Gutachten der ausländischen Finanzsachverständigen** an die Reichsregierung ein. Es ist von dem Schweizer Dubois und dem Holländer Vissering erstattet. Ein drittes von deutschen Bankleuten stammendes Gutachten betrifft die Möglichkeit und die Form der Aufnahme von Bankkrediten und der dazu notwendigen Sicherheiten.

Vor einer zweiten Bankier-Konferenz.

Berlin, 8. Nov. **Wie das Berl. Tagebl. aus gut unterrichteten diplomatischen Kreisen erfährt, gedenkt der bekannte amerikanische Bankier Pierpont Morgan, der sich gegenwärtig in Rom aufhält, spätestens am 26. November nach Amerika zurückzukehren. Dieser Nachricht kommt darum besondere Bedeutung zu, weil bekanntlich seit geraumer Zeit schon Bestrebungen im Gange sind, eine zweite Bankierkonferenz zur Diskussion der Reparationsfrage nach Paris oder Brüssel einzuberufen. Morgan hätte wiederum den Vorsitz zu übernehmen, und es wäre darum wichtig, ihn hierzu noch während seines diesmaligen Aufenthalts in Europa zu bewegen, da sonst die Einberufung einer zweiten Bankierkonferenz erhebliche Verzögerung erleiden müßte. Da die große Brüsseler Finanzkonferenz voraussichtlich erst Anfang Dezember stattfinden kann, würde wohl Paris in erster Linie als Tagungsort für die Konferenz in Frage kommen. Selbstverständlich wären auch diesmal umfangreiche Vorarbeiten nötig. Dies ist auch der Grund, weshalb die Reparationskommission möglichst rasch nach Paris zurückkehren möchte. Es wäre ja nicht das erstemal, daß Verhandlungen, die in Berlin aufgenommen wurden, in Paris fortgesetzt werden.**

Eine neue Poincare-Note.

Paris, 8. November. **Ministerpräsident Poincare hat dem englischen Botschafter in Paris eine Note über Orientfragen und das Reparationsproblem überreichen lassen, worin er u. a. Maßnahmen zur Schaffung produktiver Pfänder in Deutschland in Vorschlag bringt.**

Vor dem Abschluß der Berliner Verhandlungen.

Die Verhandlungen der Reparationskommission in Berlin stehen vor dem Abschluß. Es ist bekannt, daß in der Kommission schon am Dienstag auf Abreise nach Paris gedrängt wurde, nicht aus der Absicht heraus, die Verhandlungen abzubrechen, sondern um sie in Paris weiterzuführen, nachdem man die dazu nötigen Informationen in Berlin eingeholt hat. Abhold jeder Schönfärberei, glauben wir doch, daß die von amtlicher deutscher Seite stammende Information an die in diesen Tagen sehr stiefmütterlich bedachte Presse volles Vertrauen verdient, wonach die Situation nicht als verzweifelt und aussichtslos anzusehen ist. Diese Erklärung ist abgegeben worden nach Ueberprüfung der Antwort, die die Reparationskommission auf die ihr überreichte erste Denkschrift der Reichsregierung übergeben hat.

Inzwischen sind auch die neuen deutschen Vorschläge festgelegt worden, die das spezialisierte Programm enthalten, von dessen Durchführung das Kabinett die Stabilisierung der in den Tagen des Berliner Aufenthaltes der Reparationskommission um hundert und mehr Prozent entwerteten Mark erwartet. In diesen Vorschlägen dürften die Gutachten der ausländischen Sachverständigen nicht unberücksichtigt geblieben sein, wenn anders diese vernünftige Heranziehung hervorragender und weltbekannter Finanz- und Wirtschaftskenner nicht eine unnütze Anstrengung, mehr als eine bloße Geste, wie doch anzunehmen ist, gewesen sein soll. Es handelt sich hier um Männer, deren Urteil die Reparationskommission nicht unbeachtet bei Seite schieben kann. Sie wird auf ihre gewichtige Stimme um so mehr hören müssen, als sich die Großbankiers unter diesen Sachverständigen, wie versichert wird, getragen von dem Vertrauen ihrer Regierungen, auf die Bitte der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt haben. Die Reparationskommission hat einmal bereits den schweren Fehler begangen, sich über die Mahnung prominenter Finanzleute hinwegzusetzen. Das war, als sie dem Widerspruch Frankreichs nachgebend, die Forderung der Pariser Bankierkonferenz, in eine Herabsetzung der Reparationssumme einzuwilligen, ablehnte. Damals, als die Bankiers die Aussichten für eine deutsche Auslandsanleihe als günstig bezeichneten, stand der Dollar auf etwa 2000. Seitdem ist die Mark unaufhaltsam in die Tiefe gestürzt, und parallel mit der Kurve, die ihren Sturz bezeichnet, verläuft die Kurve für die Aussichten fernerer Reparationsfähigkeit Deutschlands. Jetzt in Berlin haben die Mitglieder der Kommission wiederholt Gelegenheit gehabt, mit den gleichzeitig dort anwesenden Sachverständigen von Weltruf in der für Europa brennendsten Frage Fühlung zu nehmen, sie haben sich auch mit führenden Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft besprechen können. Sollten die Aeußerungen aller dieser Sachkenner tauben Ohren begegnet sein? Obwohl wir die bisherige Unnachgiebigkeit Frankreichs und die Bedeutung seiner Stimme für die Frage, ob die Reparationssumme herabgesetzt, ob Deutschland ein langfristiges Moratorium bewilligt werden soll, durchaus in Rechnung setzen, daran vermögen wir nicht zu glauben, daß solche maßgeblichen Meinungen auch in diesem Stadium der Markkatastrophe noch überhört werden. Die Reparationskommission und die hinter ihr stehenden Regierungen werden sich nicht mehr verhehlen können, daß jeder Versuch, dieser Katastrophe Einhalt zu gebieten, vergeblich sein wird, wenn sie sich nicht entschließen, der internationalen Bankwelt, deren Hilfe dabei unentbehrlich ist, jetzt Zusicherungen zu machen, die das Risiko gestatten, Deutschland die für die Stabilisierung der Mark notwendigen Kredite zu gewähren.

Diese Zusicherungen können nur und müssen darin bestehen, daß zunächst einmal die Unmöglichkeit weiterer Goldzahlungen anerkannt und aus dieser Anerkennung die einzig mögliche Konsequenz, die Gewährung eines langfristigen Moratoriums, gezogen wird. Der Anfang der Marksanierung muß mit dem Moratorium gemacht werden, mag es noch so sehr dem französischen Volke, das in Goldhoffnungen gewiegt worden ist, auf die Nerven gehen. Denn ohne ein langfristiges Moratorium erhält Deutschland keine Anleihe, und ohne die Anleihe ist es unmöglich, die Mark zu stabilisieren. Und darauf kommt es heute an, nicht mehr darauf, was Deutschland zahlen kann. Diese Frage ist durch die Ereignisse längst überholt. Nach einigen Jahren mag sie erneut gestellt werden, heute, wo bereits die Leistung von Sachlieferungen zweifelhaft ist, würde sie geradezu lächerlich wirken. Daß die Sanierung der deutschen Währung nicht allein durch auswärtige Hilfe erfolgen kann, sondern daß gleichzeitig von innen heraus geschehen muß, was nur immer zweckdienlich sein kann, leuchtet ohne weiteres ein. So muß also auch das Reichsbankgold zu einem wesentlichen Teile zur Stützung der Mark mit herangezogen werden, muß mit peinlichster Sorgfalt auf den Ausgleich des Budgets geachtet werden, muß mehr als bisher Sparsamkeit die oberste Richtschnur für alle öffentlichen Ausgaben sein. Es sei hier auf die Gutachten der ausländischen Sachverständigen hingewiesen. Ihre Sprache ist eindringlich genug, ihre Vorschläge — nur das erste Gutachten ist uns zur Stunde bekannt — machen einen erfolgversprechenden Eindruck. Auf ihre Einzelheiten einzugehen, können wir uns heute versagen. Es wird aber noch davon zu sprechen sein, wenn die

von der Reparationskommission erwarteten Vorschläge der Reichsregierung bekannt gegeben worden sind.

Wenn gegenüber den offensichtlich vom Quai d'Orsay aus inspirierten Versuchen der Pariser Presse, einen Gegensatz zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes zu konstruieren, sich sowohl dieser wie jener zu Vertretern der Presse übereinstimmend dahin geäußert haben, daß zum mindesten in den letzten Tagen bei der Behandlung der schwebenden Fragen die Beschlüsse des Reichskabinetts durchaus einheitlich gefaßt worden seien, so kann und darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Kabinett Wirth im übrigen von scharfen Gegensätzen nicht frei ist. In der Politik, die zum Rapallo-Vertrag führte, bei den Verhandlungen, die Dr. Hermes bald darauf in Paris führte, gab es bereits erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Männern. Und auch später noch hat es häufiger solche gegeben. Es ist daher verständlich, daß nicht nur beim Reichskanzler, sondern überhaupt in führenden politischen Kreisen der Wunsch nach einer Reinigung der politischen Atmosphäre besteht. In der Reichskanzlei wird denn auch nicht mit der Offenbarung zurückgehalten, daß in allernächster Zeit der Anfang mit der Umbildung der Regierung gemacht werden würde. Daß das nur auf der Grundlage der großen Koalition geschehen kann, haben wir hier wiederholt betont. Darum begrüßen wir es, daß der Reichskanzler jetzt zu diesem Schritt entschlossen ist, der innen- wie außenpolitisch von größter Bedeutung ist und hoffentlich auch bei allen in Frage kommenden Reichstagsparteien die Unterstützung findet, die die Not des Vaterlandes erfordert. Msr.

Die Holz- und Kohlenlieferungen.

Berlin, 8. Nov. (Tel.) Die Verhandlungen über die Holzlieferungen Deutschlands sind, wie das Berliner Tageblatt berichtet, vertagt worden. Barthou hat daraufhin der deutschen Regierung nahegelegt, die Beratungen über die Holzlieferungen zweckmäßigerweise demnächst in Paris abzuhalten.

In der gestrigen Sitzung der deutschen Vertreter mit der Reparationskommission über die Frage der Kohlenlieferungen an die Entente ergriffen der Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der Reichskohlenkommissar Stutz sowie Geheimrat Grone vom preußischen Wohlfahrtsministerium das Wort zu längeren Ausführungen über die Kohlenlage Deutschlands. Geheimrat Grone sprach insbesondere über die katastrophalen Wirkungen der Kohlenlieferungen an die Alliierten auf den deutschen Hausbrand. Die deutschen Vertreter wiesen auf die Unmöglichkeit der neuen Kohlenforderungen hin, wonach Deutschland außer den 1,6 Millionen Tonnen pro Monat noch 155 000 Tonnen aus polnisch-Oberschlesien ankaufen soll. Dieser Ankauf scheiterte schon an der Weigerung der polnischen Regierung. Bei der neuen Entwertung der Mark sei die kritische Lage offenbar. Industrie, Eisenbahn und Gasanstalten seien auf die Auslandskohle angewiesen. Während die Schiffe mit der Reparationskohle hinausführen, kehrten sie mit fremder Kohle zurück. Das Unsinnige der ganzen Kohlenforderung erhelle daraus ohne weiteres. Im übrigen wurden in der gestrigen Sitzung hauptsächlich die Fragen der technischen Durchführung der Kohlenlieferungen besprochen.

Berlin, 8. November. (Drahtb.) Der Vorstand und das Präsidium des **Reichsverbandes der deutschen Industrie** hielt gestern eine Sitzung ab. Es wurde betont, daß die deutsche Industrie und die deutsche Wirtschaft ein Interesse daran hätten, so schnell als möglich von einer schwankenden Währung loszukommen. Umstritten seien nur die Voraussetzungen und der Zeitpunkt für eine dauernde Stabilisierung der Mark.

Frankreichs Rheinlandpolitik.

Eine Rede Loucheurs.

Paris, 7. November. In der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer ergriff nach einer Rede des Abg. Ancel der frühere Minister für die befreiten Gebiete, Abg. Loucheur, das Wort. Es handele sich darum, erklärte er, die tatsächlich äußerste Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen. Eine der Hauptursachen der Weltkrise sei die Währungskrankheit der Welt, die die Währung in den alliierten, wie in den ehemals feindlichen Staaten entwertet. Im Dezember 1921 habe er in London Rathenau die unlöslichen Schwierigkeiten beschrieben, in die Deutschland geraten würde, wenn es nicht die alliierte Staatskontrolle annehme. Er verwies weiter darauf, daß es für Frankreich gegenwärtig völlig unmöglich sei, seine Geldschulden bei England zu bezahlen. Frankreich könne das nur in der gleichen Methode, wie es von Deutschland bezahlt werde. Loucheur entwarf dann ein Bild von der Lage Deutschlands. Deutschland werde dieses Jahr weiter importieren müssen. Der Abgeordnete Blum habe recht gehabt, als er gestern sagte, daß **Deutschland durch seine Inflationspolitik bankerott geworden** sei. Es handele sich hier nicht allein um einen Fehler der deutschen Regierung, diesen Fehler begingen auch die Finanzleute und die Industriellen, die geglaubt hätten, daß die Wechselkursprämie den Export begünstigen würde, während in Wirklichkeit das fortgesetzte Sinken der Mark Deutschland genötigt habe, zu immer unheilvolleren Preisen seine Versorgung vorzunehmen, das Land ruinierten und jeden Haushaltsausgleich verhindert hat. Deutschland müsse vor allem in seine Finanzen Ordnung bringen, sein Budget und seine Zahlungsbilanz ausgleichen. Der große Irrtum liege darin, daß die Frage allein von Deutschland aus betrachtet werde. Er berief sich darauf, daß er und Klotz schon 1919 in der Konferenz der finanziellen Abteilung des Völkerbundes in Paris ein bestimmtes Projekt eingebracht hätten. Diese Lösung sei aber von England und Amerika abgelehnt worden. Ende Dezember 1919 sei er nach London gegangen und habe sich vergeblich bemüht, Chamberlain zu überzeugen, daß man nicht auf Amerika warten würde. Er bedauerte, daß der Garantiepakt nicht in Kraft getreten sei. Niemand könne es Frankreich verdenken, wenn es am linken Rheinufer ein Regime verlange, das ihm gestatte, ruhig zu schlafen. Er habe niemals den Gedanken eines verschleierten Protektorats oder einer Annektion gehabt. Er denke nicht einmal daran, das linke Rheinufer vom Deutschen Reiche zu trennen. Aber wie Maurice Barres verlange er, daß alle preußischen Beamten entfernt würden. Im Rheinland dürfe man keine Finanzkontrolle, nicht einmal eine politische Kontrolle aufrichten, aber ohne militärische Kontrolle dürfe sich dort eine Angriffsmacht gegen Frankreich herausbilden. Deshalb müsse eine **internationale Aufsicht** unter Kontrolle des Völkerbundes vorgesehen werden, in der die französischen Soldaten die Mehrheit hätten.

Poincare unterbrach und erklärte, nach dem Vertrage selbst könne eine Räumung des linken Rheinufers noch an dem Tage erfolgen, an dem Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Bevor dies nicht geschehen sei, halte Frankreich die Besetzung aufrecht

Loucheur fuhr fort: Der Augenblick sei für Frankreich gekommen, um der Welt das **große Programm** im allgemeinen vorzulegen. Frankreich habe Aussicht auf Erfolg. Aber wenn man ihm auf diesen loyalen Versuch mit einem Nein antworte, dann habe das alleingelassene Frankreich das Recht, die Maßnahmen zu ergreifen, die sein Leben und seine Sicherheit gewährleisten. Man müsse nicht zu erst von Reparationen, und dann von Europa sprechen, denn man dürfe nicht aufhören, daran zu denken, daß wir alle einander solidarisch sind.

Die neuen Postgebühren.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 15. November 1922 an im Post-, Postscheck- und Telegraphenverkehr und vom 1. Dezember 1922 bezw. vom 1. Januar 1923 an im Fernsprechverkehr innerhalb Deutschlands

gelten, sind folgende:

Für **Postkarten** im Ortsverkehr 3 ℳ, im Fernverkehr 6 ℳ, für **Briefe** im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 ℳ, über 20 Gramm bis 100 Gramm 8 ℳ, über 100 bis 250 Gramm 12 ℳ; im Fernverkehr bis 20 Gramm 12 ℳ, über 20 bis 100 Gramm 16 ℳ, über 100 bis 250 Gramm 20 ℳ;

für **Drucksachen** bis 25 Gramm 2 ℳ, über 25 bis 50 Gramm 3 ℳ, über 50 bis 100 Gramm 6 ℳ, über 100 bis 250 Gramm 12 ℳ, über 250 Gramm bis 500 Gramm 16 ℳ, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 20 ℳ;

für **Ansichtskarten**, auf deren Vorderseite Grüße oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens 5 Worten niedergeschrieben sind, 2 ℳ;

für **Geschäftspapiere und Mischsendungen** bis 250 Gramm 12 ℳ, über 250 bis 500 Gramm 16 ℳ, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 20 ℳ;

für **Warenproben** bis 250 Gramm 12 ℳ, über 250 bis 500 Gramm 16 ℳ;

für **Päckchen** bis 1 Kilogramm 24 ℳ;

für **Pakete** bis 5 Kilogramm Nahzone 60 ℳ, Fernzone 120 ℳ, über 5 bis 6 Kilogramm 72 bezw. 144 ℳ, über 6 bis 7 Kilogramm 84 bezw. 168 ℳ, über 7 bis 8 Kilogramm 96 bezw. 192 ℳ, über 8 bis 9 Kilogramm 108 bezw. 192 ℳ, über 9 bis 10 Kilogramm 120 bezw. 240 ℳ, über 10 bis 11 Kilogramm 144 bezw. 288 ℳ, über 11 bis 12 Kilogramm 168 bezw. 336 ℳ, über 12 bis 13 Kilogramm 192 bezw. 384 ℳ, über 13 bis 14 Kilogramm 216 bezw. 432 ℳ, über 14 bis 15 Kilogramm 240 bezw. 480 ℳ, über 15 bis 16 Kilogramm 264 bezw. 528 ℳ, über 16 bis 17 Kilogramm 288 bezw. 576 ℳ, über 17 bis 18 Kilogramm 312 bezw. 624 ℳ, über 18 bis 19 Kilogramm 336 bezw. 672 ℳ, über 19 bis 20 Gramm 360 bezw. 720 ℳ, Zeitungspakete bis 5 Kilogramm 30 bezw. 60 ℳ;

für **Wertsendungen** (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, die beträgt für je 1000 ℳ 6 ℳ, mindestens bei einer Sendung 10 ℳ;

für **Postanweisungen** bis 50 ℳ 6 ℳ, über 50 bis 200 ℳ 10 ℳ, über 200 bis 500 ℳ 16 ℳ, über 500 bis 1000 ℳ 20 ℳ, über 1000 bis 2000 ℳ 24 ℳ, über 2000 bis 5000 ℳ 30 ℳ, über 5000 bis 10 000 ℳ 40 ℳ.

Die **Einschreibgebühr** ist auf 8 ℳ, die Vorzeigegebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 6 ℳ festgesetzt.

Für die **Eilbestellung** sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 15 ℳ, nach dem Landbestellbezirk 45 ℳ, für ein Paket 30 ℳ bezw. 60 ℳ;

für bar eingezahlte **Zahlkarten** bis 50 ℳ einschl. 3 ℳ, über 50 bis 200 ℳ einschließl. 5 ℳ, über 200 bis 500 ℳ einschl. 8 ℳ, über 500 bis 1000 ℳ einschl. 10 ℳ, über 1000 bis 2000 ℳ einschl. 12 ℳ, über 2000 bis 5000 ℳ einschl. 15 ℳ, über 5000 bis 20 000 ℳ einschl. 20 ℳ, für jede weitere 10 000 ℳ oder einen Teil dieser Summe mehr 10 ℳ; für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr höchstens jedoch 50 ℳ für eine Zahlkarte; für Kassenschecke, die bargeldlos beglichen werden, 1 vom Tausend des Scheckbetrages für Barauszahlungen mit Postscheck 5 vom Tausend des Scheckbetrages

Im **Telegraphenverkehr** sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme Grundgebühr 20 ℳ, und außerdem für jedes Wort 10 ℳ, für Ortstelegramme Grundgebühr 10 ℳ, und außerdem für jedes Wort 5 ℳ, für Zustellung bei ungenügender Anschrift 16 ℳ, für abgekürzte Telegrammanschriften jährlich 1600 ℳ.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg und Oesterreich (Päckchen nach beiden Ländern nicht zugelassen).

Die Auslandsgebühren

betragen vom 15. November 1922 ab: für **Postkarten** 24 ℳ, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 14 ℳ, für Briefe bis 20 Gramm 40 ℳ, jede weiteren 20 Gramm 20 ℳ (Meistgewicht 2 Kilogramm), jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 30 ℳ, jede weiteren 20 Gramm 20 ℳ; für Drucksachen für je 50 Kilogramm 8 ℳ; für Geschäftspapiere für je 50 Gramm 8 ℳ, mindestens 40 ℳ; für Warenproben für je 50 Gramm 8 ℳ, mindestens 16 ℳ.

Die Fernsprechgebühren

nach dem Fernsprechgebührengesetz vom 11. Juli 1921 und der Fernsprechordnung vom 25. August 1921 werden vom 1. Dezember an um 1300 v. H. erhöht. Die vierteljährlich im voraus fälligen laufenden Gebühren (z. B. die Grundgebühren für Hauptanschlüsse, außerdem die in der Fernsprechordnung festgesetzten Gebühren für Nebenanschlüsse, Querverbindungen, Anschlußdosen und Zusatzeinrichtungen, die Zuschläge für Leitungsstrecken außerhalb des Fünfkilometerkreises) werden jedoch erst vom 1. Januar 1923 an mit dem höheren Zuschlag belegt. Vom 1. Dezember an werden u. a. erhöht: Die Einrichtungsgebühren, die Orts- und Fernsprechgebühren. Danach beträgt die Grundgebühr für die Ueberlassung und Unterhaltung eines Hauptanschlusses (ohne Zuschläge und ohne Gesprächsgebühren) vom 1. Januar 1923 an: in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 Hauptanschlüssen 5320 ℳ, mit mehr als 50 bis einschl. 100 Hauptanschl. 5880 ℳ, mit mehr als 100 bis einschl. 500 Hauptanschl. 6440 ℳ, mit mehr als 500 bis 1000 Hauptanschlüssen 7000 ℳ, mit mehr als 1000 bis 5000 Hauptanschl. 7840 ℳ, mit mehr als 5000 bis 10 000 Hauptanschl. 8400 ℳ.

Die Gebühr für ein Ortsgespräch beträgt vom 1. Dezember 1922 an von einer Teilnehmerstelle aus 3,50 ℳ.

Für die Benutzung der Fernleitungen ist vom 1. Dezember 1922 an zu zahlen: für ein Gespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einschl. 3,50 ℳ, von mehr als 5 bis 15 Kilometern einschließlich 17,50 ℳ, von mehr als 15 bis 25 Kilometern einschließlich 17,50 ℳ, von mehr als 25 bis 40 Kilometern einschließlich 28 ℳ, von mehr als 50 bis 100 Kilometern einschließlich 42 ℳ, über 100 Kilometer für jede angefangenen weiteren 100 Kilometer 21 ℳ mehr.

Bei öffentlichen Sprechstellen beträgt vom 1. Dezember 1922 an die Gebühr für ein Gespräch von nicht mehr als drei Minuten Dauer im Ortsverkehr und im Fernverkehr auf Entfernungen von nicht mehr als 5 Kilometern 7 ℳ.

Innerpolitische Umschau.

* **Der Termin der preußischen Gemeindeneuwahlen.** Im Anschluß an einen im Landtag eingebrachten Antrag der kommunistischen Fraktion ist in einigen Blättern die Frage erörtert worden, wann in den preußischen Gemeinden die Neuwahlen zu den Gemeindeparlamenten stattfinden sollen. Die kommunistische Presse, die die Vornahme dieser Wahlen bis spätestens zum 1. April 1923 fordert, polemisiert gegen die preußische Regierung, die angeblich zugleich mit der neuen Städteordnung die Gemeindewahlen verschleppe. Es sei deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, so bemerkt der Amtliche preußische Pressedienst, daß der preußische Minister des Innern, Severing, bereits am 21. März d. Js. im Hauptausschuß des Landtags erklärt hat, daß er eine Neuwahl der Gemeindevertretungen spätestens im Frühjahr 1923 für erforderlich halte. Der Minister erklärte weiter, daß, wenn Staatsrat und Landtag die Entwürfe der Städte- und Landgemeindeordnung rechtzeitig verabschieden würden, die Neuwahlen auf Grund dieser Gesetze stattfinden könnten. Andernfalls würde der Minister aber für den Erlaß eines Notgesetzes eintreten.

* **Schutzpolizei und Achtstundentag.** Dieser Tage war in Berlin eine Versammlung von Schutzpolizeibeamten, in der hauptsächlich die Forderung des Achtstundentages auch von der Polizei erhoben wurde. Wie die Preußische Pressestelle mitteilt, hält das preußische Staatsministerium den Achtstundentag der Schutzpolizei für völlig unerörterbar. Die Beamten, die bei der genannten Versammlung durch Form und Inhalt ihrer Aeußerungen gegen die Regierung die zulässige Grenze überschritten hätten, würden disziplinarisch zur Rechenschaft gezogen werden.

* **Die Arbeitsruhe am 9. November.** In der Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission am Dienstag wurde der Beschluß, am 9. November in Groß-Berlin die Arbeit einzustellen, mit Rücksicht auf die politische Lage rückgängig gemacht. Die Arbeit wird in vollem Umfang aufrechterhalten werden. Das ist ein sehr vernünftiger Beschluß.

* **Die neue badische Regierung.** In der Dienstagssitzung des badischen Landtags wurde nach dem vereinbarten Turnus der sozialdemokratische Minister des Innern Adam Remmele mit 48 Stimmen bei 26 Stimmenthaltungen zum Staatspräsidenten, der Finanzminister Köhler (Ztr.) zu seinem Stellvertreter gewählt. An Stelle des bekanntlich in die Leitung der Badischen Anilinfabrik eintretenden bisherigen Staatspräsidenten und Unterrichtsministers Dr. Hummel wurde der von den Demokraten vorgeschlagene Professor Dr. Willy Hellpach mit 51 Stimmen bei 24 Stimmenthaltungen zum Unterrichtsminister gewählt. Zentrum, Sozialdemokratie stimmten geschlossen in beiden Wahlgängen. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, der Landbund und die Kommunisten gaben weiße Zettel ab.

* **Das angebliche Hochzeitsgeschenk des Kaisers.** Der Generalbevollmächtigte des ehemaligen Kaisers v. Berg, erklärt, daß die Nachricht des „Vorwärts", der frühere Kaiser habe als Hochzeitsgeschenk für seine zweite Frau bei mehreren Berliner Juwelierfirmen einen kostbaren Schmuck in Auftrag gegeben, dessen Hauptstück ein Brillantdiadem, von Fachleuten auf 800 Millionen Mark geschätzt worden sei, nicht zutrifft. Nachfragen bei den in Betracht kommenden Juwelieren sollen ergeben haben, daß die Schenkungsgegenstände, auf die der „Vorwärts"-Artikel anspielt, für Privatpersonen bestimmt sind, die in keinerlei Beziehungen zu dem früheren Kaiser und zu Haus Doorn stehen.

Die Wahl des bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 8. November. (Tel.) **Der Landtag nahm heute nachmittag 4 Uhr die Wahl des Ministerpräsidenten vor. Abgegeben wurden 142 Stimmen. Davon entfielen auf von Knilling 86 Stimmen, 34 weiße Zettel wurden abgegeben, 3 Stimmen waren zersplittert. Auf die Frage des Landtagspräsidenten erklärte von Knilling sich unter Zurückstellung seiner ernsten Bedenken allgemeiner und persönlicher Art zur Uebernahme der Präsidentschaft bereit und kündigte die Veröffentlichung der Ministerliste und seine Programmrede auf Donnerstag an.**

Dortens Ruhrpläne.

Essen, 7. November. Die Machenschaften des Wiesbadener Sonderbündlers Dorten wurden durch einen Prozeß vor der Essener Strafkammer beleuchtet, wo sich ein Reisender namens Ernst Worms wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten hatte. Worms spielte sich im Frühjahr vorigen Jahres Dorten gegenüber als Beauftragter des inzwischen verstorbenen Bergarbeiterführers Hue auf und legte dem einheimischen Volksbeglücker allerlei Schriftstücke vor, die angeblich von Hue geschrieben waren und in denen dieser erklärte, Dortens Bestrebungen mit der hinter ihm stehenden Bergarbeiterschaft des Ruhrgebietes unterstützen zu wollen. Ferner brachte er ein mit Siegeln, Stempeln und Unterschriften versehenes Protokoll herbei, wonach angeblich sämtliche sozialistischen Parteien des Ruhrgebietes den Beschluß gefaßt hatten, unter dem Einfluß der allgemeinen Unzufriedenheit mit der Berliner Regierung sich den Loslösungsbestrebungen unter Führung von Hue anzuschließen. Das waren natürlich alles Fälschungen, um Geld aus der Kasse Dortens zu bekommen. Dorten fiel auf den Schwindel herein und zahlte dem vermeintlichen Anhänger 35 000 ℳ als Vorschuß und versprach weiter eine Million, wenn die sozialistische Arbeiterschaft des Ruhrgebietes praktisch gezeigt habe, daß sie zu ihm stehe. Weitere Zahlungen brauchte Dorten nicht mehr zu leisten. Einer seiner Beauftragten war nämlich inzwischen bei Hue gewesen und mußte die Feststellung machen, daß dieser ein kerndeutscher Mann war. — Auch bei Berliner Regierungsstellen versuchte der Reisende Worms ein weiteres Betrugsmanöver. Dieser hatte sich in Essen von einem Hotelier und Kellner Geld verschafft und sich erboten, mit Hilfe der Berliner Regierung eine bessere Ernährung des Ruhrgebietes in die Wege zu leiten. Unter den vielen Zeugen war auch Dorten geladen, der aber nicht erschien. Worms erhielt wegen Betruges in zwei Fällen in Strafeinheit mit schwerer Urkundenfälschung ein Jahr Gefängnis.

Die amerikanischen Wahlen.

Paris, 8. November. (Drahtb.) Wie Havas aus Newyork meldet, haben die Demokraten in 11 Wahlbezirken im Repräsentantenhaus 28 Sitze gewonnen. Um eine Mehrheit zu erlangen, müssen sie im ganzen 80 Sitze gewinnen. Der Erfolg der Demokraten wird auf einen Fehlschlag der Politik Hardings zurückgeführt. Die Republikaner haben bisher noch keinen Sitz gewonnen. In die Minderheit im Repräsentantenhaus sind sie aber noch nicht gekommen.

Hinausschiebung der Konferenz von Lausanne.

Paris, 8. November. (Drahtb.) Wie Havas erfährt, hat sich die französische Regierung mit der von England gewünschten **Verschiebung der Lausanner Konferenz** um einige Tage, jedoch nicht über den 27. November hinaus, einverstanden erklärt. Die italienische Regierung teilt die Auffassung der französischen.

Paris, 8. November. (Drahtb.) Nach einer Meldung der Chikago Tribune wird zum englischen Botschafter in Paris **Sir William Tyrrel** ernannt werden. Diese Ernennung bedeutet eine Annäherung an die französische Politik.

Westfalen und Rheinland.

Münster, 8. Nov. **(In der Antoniuskirche)** wurden am Sonntag beim feierlichen Hochamt um 9 Uhr, das Kriegerdenkmal und die Krypta, zu der der verstorbene Kardinal von Hartmann, der frühere Bischof von Münster, den ersten Anstoß gegeben hatte, feierlich eingeweiht. Zur Vorbereitung für diese Feier wurde Allerheiligen, Allerseelen und am Freitage ein Triduum zum Trosten der armen Seelen abgehalten, bestehend aus einer Gedächtnisandacht und Predigt, die vom Domprediger, Universitäts-Professor Dr. Donders gehalten wurde.

× **Mecklenbeck**, 8. Nov. **(Die neue Bauernwehr)**, die sich zum Schutze der Gehöfte hier gebildet hat, hat sich in der vergangenen Nacht bereits gut bewährt. Eine ganze Diebesgesellschaft hatte sich offenbar unsern Ort als Tätigkeitsgebiet ausersehen und sich ein Auto bestellt, mit dem die Beute fortgeschafft werden sollte. Patrouillen der Wehr fiel es auf, daß auf der Weseler Chaussee ein Auto lange Zeit langsam auf- und abfuhr. Mittlerweile machten andere Patrouillen die Wahrnehmung, daß sich auch im Dorf verdächtige Gestalten umhertrieben. Beim näheren Zusehen entdeckte man, daß sie bereits an vier Stellen den Versuch gemacht hatten, einzubrechen, u. a. bei „Tappken" und bei der Pastorat. Ganz offenbar ist es nur dem Patrouillieren der Wehrmitglieder zuzuschreiben, daß die Versuche nicht gelangen. Plötzlich sah man das Automobil in schneller Fahrt davonfahren.

× **Minden**, 8. November. **(Selbstmord eines früheren Offiziers aus Nahrungssorgen.)** Hier ertränkte sich ein ehemaliger Oberstleutnant aus Nahrungssorgen.

× **Hamm**, 8. November. **(Westfälisches Pferdestammbuch.)** Das Westfälische Pferdestammbuch e. V. hielt gestern im Katholischen Vereinshause eine Mitgliederversammlung ab, die an Stelle des zurückgetretenen ersten Vorsitzenden, Frhrn. von Lebebur-Crollage, der stellvertretende Vorsitzende, Gestütsdirektor Oekonomierat Holtmann-Hamerle, eröffnete u. leitete. Ein aus der Versammlung vorgebrachter Antrag, keine Vergünstigung für eingetragene Stuten zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen. Zu einem Antrage Bartels, zur Kreuzung von Warmblut und Kaltblut ostfriesisches und oldenburgisches Blut einzuführen, und den Hengst „Erbmarschall" zur Deckung wieder zuzulassen, wurde von der Versammlung keine Stellung genommen. Darauf wurde die Wahl des ersten Vorsitzenden behandelt. Nach reger Aussprache wurde Rittergutsbesitzer Oekonomierat Große Leege einstimmig gewählt. Den Bericht über das Geschäftsjahr 1921 erstattete Gutspächter Franz Pellengahr. Die Einnahmen stellten sich auf 423 980 *M*, die Ausgaben auf 329 086 *M*, sodaß ein Bestand von 94 894 *M* verbleibt. Oekonomierat Manitius begründete die durch die Geldentwertung notwendig gewordene Erhebung eines Beitragsnachschusses für 1922. Dem Vorschlag, für jede eingetragene Stute 500 *M* und für jeden eingetragenen Hengst 2500 *M* nachzuerheben, wurde zugestimmt. Die Gebühr für die Ausfertigung des Fohlenscheines wird vom 1 Januar 1923 ab auf 500 *M* festgesetzt. Die Drucklegung eines Hengstverzeichnisses bereitet wegen der großen Kosten infolge der Geldentwertung erhebliche Schwierigkeiten. Es wurde beschlossen, von jedem Mitglied für die Beschaffung des Druckpapiers 200 *M* zu erheben und an die Landwirtschaftskammer ein Gesuch zu richten um evtl. Bereitstellung weiterer Mittel für die Fertigstellung des Verzeichnisses.

× **Dortmund**, 8. Nov. **(Keine berittene städtische Polizei mehr.)** Infolge der immer höher werdenden Unterhaltungskosten löst die Stadtverwaltung die berittene Abteilung der städtischen Polizei auf und stellt die Pferde zum Verkauf. Die fernere Beibehaltung der städtischen berittenen Abteilung war auch nicht mehr erforderlich, seitdem die Schutzpolizei hier eine berittene Staffel verwendet.

× **Dortmund**, 8. Nov. **(Die halbe Nase abgebissen.)** Sehr rabiat benahm sich in einem hiesigen Kaffee ein auswärtiger Besucher, sodaß zu seiner Entfernung aus dem Lokal polizeiliche Hilfe nachgesucht werden mußte. Als der ungemütliche Gast der Aufforderung, das Lokal zu verlassen, nicht nachkam und mit Gewalt auf die Straße gebracht werden mußte, setzte er den Beamten heftigen Widerstand entgegen, wurde wiederholt tätlich und biß hierbei dem Beamten die halbe Nase ab. Auf dem Wege zur Wache machte er mehrfach Fluchtversuche; nur mit großen Schwierigkeiten gelang schließlich seine Einlieferung.

× **Neschede**, 8. Nov. **(Goldenes Berufsjubiläum.)** Die Bahnhofswirtin Witwe Bertha von Korff konnte ihr goldenes Berufsjubiläum feiern. Die hiesige Bahnhofswirtschaft ist seit ihrer Eröffnung im Jahre 1871 stets im Besitze der Familie v. Korff gewesen.

× **Medebach**, 8. Nov. **(Ohne Postverbindung.)** Die Fahrpost Medebach-Corbach ist am 1. November eingestellt; somit ist Medebach auch nach dieser Richtung vollständig vom Verkehr abgeschnitten, ein Uebelstand, der vor allem von der Geschäftswelt aufs Tiefste bedauert wird. Von einer Autoverbindung Corbach—Medebach, die vom hiesigen Verkehrsverein mit allen Mitteln angestrebt wurde, verlautet nichts mehr. Der größte Mißstand für die Gemeinde Medebach ist, daß sie zwischen zwei Postbezirken eingeklemmt ist. Für die Waldeckischen Gemeinden ist Kassel zuständig, während Medebach zu Dortmund gehört. Verschiedene Konferenzen beider Postbezirke sind schon abgehalten.

× **Essen**, 8. Nov. **(Der parteipolitische Kultusminister.)** In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde abermals als Direktor der Krupp-Oberrealschule der Zentrumskandidat, Studienrat Dr. Schnippenkötter-Recklinghausen, gewählt und zwar mit 69 gegen 6 Stimmen. Es handelt sich bei dieser Wahl um die Nichtbestätigung des im Februar schon gewählten Studienrats Dr. Schnippenkötter infolge einer widerwärtige Hetze der Freunde der sog. Vereinigten nationalen Parteien. Für den Zentrumskandidaten stimmten das Zentrum und die Sozialdemokratie. Die Demokraten stimmten für einen Sonderkandidaten, der nur sechs Stimmen erhielt; die Vereinigten nationalen Parteien wählten auch diesmal den Zentrumskandidaten nicht, sondern enthielten sich der Stimme. Der Sprecher des Zentrums legte scharfe Verwahrung ein gegen das Verhalten des Kultusministers, das einen **ungerechtfertigten Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung** darstelle. Auch die Sozialdemokratie mißbilligte die achtmonatige Verzögerung der Angelegenheit durch den Kultusminister scharf und erklärte, daß er sich weniger durch sachliche Motive als durch parteipolitische Voreingenommenheit bei der Nichtbestätigung des im Februar gewählten Studienrats Dr. Schnippenkötter habe leiten lassen. Es muß nunmehr erwartet werden, daß der Kultusminister auf die völlig unbegründete lediglich von konfessionellen Haßgefühlen getragene Hetze gegen einen wissenschaftlich außerordentlich befähigten und in jeder Beziehung toleranten Schulmann nicht länger Rücksicht nimmt, sondern dem Gerechtigkeitsempfinden und dem Rechte der Selbstverwaltung durch unverzügliche Bestätigung des mit erdrückender Mehrheit Gewählten die gebührende Achtung widerfahren läßt.

× **Elten**, 8 November. **(Verschärfte Grenzkontrolle.)** In den letzten Tagen ist die Grenzkontrolle in Elten im Verkehr mit Holland außerordentlich verschärft worden, mit dem Nachteil, daß die direkten Züge nach Holland stundenweise Verspätung haben. Diese Verschärfung ist darauf zurückzuführen, daß namentlich das Gepäck deutscher Kaufleute einer außergewöhnlich scharfen Durchsicht unterzogen wird, nachdem in der letzten Zeit hierbei sehr viele Güter beschlagnahmt worden sind, für welche die Ausfuhr aus Deutschland verboten ist.

× **Koblenz**, 8. November. **(Der Rhein steigt.)** Der Rhein hatte hier gestern mittag einen Pegelstand von 4,23 Meter. Das Wasser steigt noch. Die Schiffbrücke mußte auf beiden Seiten verlängert werden. Das Wasser der Mosel, das ziemlich gestiegen ist, wächst noch stündlich um 1 Zentimeter. Eine eigentliche Hochwassergefahr ist wohl nicht zu befürchten.

Handel und Volkswirtschaft.

Der Dollar in Berlin: 9127,12.

Berliner Börsenstimmungsbild.

Berlin, 8. November. (Drahtb.) Die Devisenhausse der letzten Tage hat der Börse erneut große Kaufaufträge zugeführt, sodaß die Börse heue in fester Haltung eröffnete. Gekräftigt wurde die Tendenz noch durch die feste Haltung des Devisenmarktes, an dem die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel nach vorübergehender Abschwächung im freien Verkehr erneut stark anzogen, da auf Seiten der Devisenbesitzer in Erwartung der Aufnahme der deutschen Vorschläge in der Reparationskommission, weitere Zurückhaltung geübt wurde. Im Einklang mit der festen Haltung am Devisenmarkt zeichneten sich die Märkte der Valutawerte durch eine sehr feste Haltung aus. Auch die heimischen Industriemärkte verkehrten in sehr fester Haltung, zumal, da in ihnen Auslandskäufe zu beobachten sind. Bemerkenswert ist jedoch, daß sich die Spekulation aus innerpolitischen Gründen große Zurückhaltung auferlegt. Von Montanen wurden besonders Essener Steinkohlen bevorzugt (plus 5000). Auch in Kaliaktien Aufwärtsbewegung. Anilinwerte stark steigend. Im Vordergrund des Interesses standen Oberkols (plus 4900). In Elektrowerten hatten Siemens und Halske mit einer Steigerung von 1750 Prozent die Führung. Waggonwerte lagen fest. In Maschinen und Metallwerten sehr feste Haltung. Von Textilen gewann Stöhr 5900 Prozent. Petroleumwerte schlossen sich der Aufwärtsbewegung an. Am Markt der Schiffahrtswerte herrschte stürmische Nachfrage für Hamburg-Süd, die mehr als 2000 gewannen. Bankaktien in sehr guter Haltung.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 8. November. (Drahtb.) Die politische Lage ist gegenwärtig vollkommen undurchsichtig und darum ist auch von einem regeren Geschäft am Produktenmarkt kaum zu berichten. Vormittags hatte der Dollar etwas nachgelassen, darum war auch die Tendenz am Devisenmarkt schwach. Mittags gingen die Devisen stark in die Höhe und zogen die Getreidepreise aufwärts. Angebote aus dem Ausland fehlten dabei nicht, doch stellten sich die Forderungen verhältnismäßig hoch. Weizen beträchtlich höher als Gerste. Auch für Roggen waren die Umsätze nicht groß. Gerste in guter Ware sehr knapp. Im Hafer eine etwas festere Tendenz. Mais und Gerste aus zweiter Hand auch viel verkauft. Nach Weizenmehl besteht Nachfrage. Roggenmehl sehr knapp.

Im einzelnen wurde gezahlt: Für Weizen (märk.) 15 000—15 200 *M*, (sächs.) 15 000—15 150 *M*, Roggen (märk.) 13 100—13 400 *M*, Gerste (Sommer) 13 500—14 000 *M*, Hafer (märk.) 14 400—14 700 *M*, (meckl.) 14 200—14 300 *M*, Mais loko Berlin 14 500—16 000 *M*, Weizenmehl 38—42 000 *M*, Roggenmehl 34 000—38 000 *M*, Weizenkleie 7200—7300 *M*, Roggenkleie 7200—7300 *M*, Raps 18—19 000 *M*.

Für 50 Kilogramm in Mark ab Abladestation: Viktoriaerbsen 21—23 000 *M*, Speiseerbsen 19—20 000 *M*, Wicken 20—21 500 *M*, blaue Lupinen 13—15 000 *M*, gelbe Lupinen 14—17 000 *M*, Rapskuchen 8500—9000 *M*, Trockenschnitzel 6000—6200 *M*, Torfmelasse 4650—4800 *M*.

Dortmunder Zuchtviehmarkt.

* **Dortmund**, 8. November. (Drahtb.) Zum heutigen Zuchtviehmarkt waren aufgetrieben 1633 Stück Großvieh und 337 Schweine. Der Handel auf dem **Großviehmarkte** gestaltete sich flott. Es wurden bezahlt für Kühe: a) 250—290 000 *M*, b) 190—150 000 *M*, c) 90—100 000 *M*, Rinder a) 170—190 000 *M*, b) 120—170 000 *M*, c) 70—120 000 *M*; beste Tiere über Notiz. Am **Schweinemarkt** war der Handel sehr langsam. Es wurde bezahlt: für Ferkel von 6—8 Wochen 5—8000 *M*, 8—10 Wochen 8—13 000 *M*, 10—12 Wochen 13—20 000 *M*, Läuferschweine wurden mit 20—30 000 *M* bezahlt. — Nächster Markttag Mittwoch, den 15. November.

---

* **Umrechnungskurse** für die Berechnung der Ausfuhrabgabe, gültig für die Zeit vom 8. bis 14. November 1922: Holland 2000, Buenos Aires, P. 1900, G. 4200, Belgien 330, Norwegen 930, Dänemark 1100, Schweden 1400, Finnland 140, Italien 220, London 22 800, Amerika 5200, Frankreich 360, Schweiz 950, Spanien 790, Deutsch-Oesterreich, für 100: 7,20, Prag 170, Ungarn 2,20, Bulgarien 36, Rumänien 34, Jugoslawien 84, Luxemburg 330, Japan 2500, Rio de Janeiro 590, Polen (Warschau) 0,32, Mexiko, Goldpeso 2800.

* **Der Kapitalbedarf der Industrien.** Die im Oktober von der Industrie beanspruchten Kapitalien weisen neue Rekordzahlen auf. Es wurden im vergangenen Monat insgesamt 5374 Mill. *M* gegen nur 4320 Mill. *M* im vorhergehenden Monat und 1663 Mill. *M* im Oktober 1921 beansprucht. Die Summe der beantragten Vorzugsaktien betrug 428 Mill. *M*, davon waren 81 Mill. *M* mit mehrfachem Stimmrecht ausgestattet. Der Kapitalbedarf seit Beginn des Jahres zeigt folgendes Bild (in Mill. *M*):

	Vorzugsakt. Stammakt,	Vorzugsakt. m. mehrf. Stimmr.	mit einf. Stimmr.	Industrieobligat.	insgesamt
Januar	1256	30	286	1688	3260
Februar	919	23	148	315	1405
März	2574	104	257	1240	4175
April	3098	127	159	241	3625
Mai	1893	107	127	517	2644
Juni	1399	54	47	113	1613
Juli	1180	29	34	361	1604
August	1435	52	137	51	1675
September	3405	153	76	686	4320
Oktober	3932	81	347	1014	5374
	21091	760	1618	6226	29695

Industrieobligationen wurden unter anderem geschaffen von der Ueberlandzentrale Stolp Aktienges. um 80 Mill., der Pfälzischen Hypothekenbank Aktienges., Ludwigshafen, um 60 Mill., dem Bezirksverband Oberschwäbischer Elektrizitätswerke, Biberach, um 250 Mill., dem Ostpreußenwerk Aktienges. zu Königsberg um 600 Mill. *M*.

* **Preiserhöhung für Porzellan.** Der Verband Deutscher Porzellangeschirrfabriken erhöhte den Multiplikator von 19 auf 28 Prozent. Danach betragen die Grundpreise das 560fache. Dies bedeutet eine weitere Erhöhung des Verkaufspreises um etwa 50 Prozent.

* **Messingpreise.** Die Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Messingwerke, e. V. in Köln erhöhte den Grundpreis für Messingblech auf 3390 und für Messingstangen auf 2540 *M*.

* **Rauhfutterpreise.** In Köln wurden gestern für Rauhfutter folgende Preise notiert: Inl. Wiesenheu (lose) 8000 bis 9000; dsgl. gepr. 8600—9600; inl. Kleeheu 10—11 000; Roggen- und Weizenstroh (gepr.) 8000 bis 9400; Haferstroh (gepr.) 8000 bis 8500; inl. Sommergerste 29—31 000.

* **Die neuen hohen Spritpreise.** Die Reichsmonopolverwaltung hat die Erhöhung des Spritpreises von 550 *M* pro Liter auf 2000 *M* beschlossen, wovon allein 1200 *M* auf die Steuer entfallen.

Berliner Kurse

Fonds und Staatspapiere.	8. 11.	6. 11.		8. 11.	6. 11.
D. Reichsschatz II	—	—	Feldmühle Pap.		
D. Reichsschatz III	59,90	99,90	Felten & Guilleaume	5825	5425
D. Reichsschatz 4—5	85,25	85,—	Friedrichsh. Kali		
D. Reichsschatz 6—9	71,75	71,50	Gasmotoren Deutz	3800	2111
D. Reichsschatz 1924	91,25	99.—	Gelsenk. Bergwerke	20000	27000
5% D. Reichsanleihe	77,50	77,50	„ Gusstahl	3200	—
4% D. Reichsanleihe	360	850	Georgs-Marienhütte	—	—
3% D. Reichsanleihe	—	1400	Germania Portl.-Cem	3500	3450
D Sparprām.-Anleihe	—	94,50	Gladbacher Wollind.		
4% Preuss Konsols	—	280	Goldschmidt	5500	5010
4% Westf. Prov.-Anl.	—	—	Hammersen	3825	3211
Schiffahrt-Akt.			Harkort Bergw. St. Pr.	15000	10000
Hamb.-Amer. Paketf.	3000	3500	Harpener Bergbau	37000	33000
Hansa Dampfschiff.	2400	2200	Hasp. Eis.- u. Stahlw.	—	10000
Nordd. Lloyd	—	2050	Hilpert Maschk.	—	16000
Bank-Aktien.			Hirsch Kupfer	6500	5510
Barmer Bankverein	3600	700	Höchster Farbwerke	6400	5200
Deutsche Bank	2725	—	Hoesch Stahlwerke	19500	11000
Dresdner Bank	—	2500	Hohenlohe Werke	7700	6700
Diskonto Ges.	—	—	Höxter Godelh.-Z.	3100	3111
Essener Kreditanst.	—	—	Humboldt Masch.	3000	2111
Nationalb. f. Deutschl.	—	—	Kallw. Aschersleben	6700	—
Osnabrücker Bank	—	—	Kasseler Federstahl	4800	4025
Reichsbank	—	—	Klauser Spinnerei	—	—
Brauereien.			Köln-Neuess. Bergw.	18000	16600
Dortm. Aktien-Br.	—	—	Köln Rottw. Pulverf.	4500	4000
Dortm. Union-Br.	—	—	Körting Gebr.	2300	2219
Isenbeck Hamm	—	700	Krefft, W.	3100	3111
Wicküler Küpper	—	1710	Küppersbusch	—	5350
Industrie-Akt.			Lahmeyer & Co.	2200	—
Aachener Spinnerei			Laurahütte	13000	9100
Akkumulat.-Fabrik	6000	7000	Linke-Hofmann-W.	3300	3000
A.-G. für Anilinfabr.	6150	5000	L. Löwe & Co.	6200	5600
Allg. Elektr.-Gesell.	4700	4600	Lothringer Hütten	10000	9318
Anglo-Cont. Guano	10000	10500	Luther Maschinen	2990	2700
Apterbecker Steink.	—	—	Mannesmann Röhren	9000	8100
Arenberg Bergbau	—	—	Mansfelder Aktien	6400	6200
Augsb.-N. Masch.	4050	4000	Mark Portl.-Cem.	—	—
Bad. Anilin und Soda	8500	7500	Mülh. Bergwerk-V.	16000	16000
Balcke Maschinen	3500	2500	Nord. Wollkämmerei	9500	9200
J. Banning A.-G.	4900	4700	Orenstein & Koppel	7250	7400
Banoper Walzwerke	4800	4400	Osnabrücker Kupfer	—	—
Berg Carl, Eveking	6100	4500	Phönix Bergw. Akt.	14000	12750
Bergmann Elektr.	3000	2450	Porta Union	—	—
Berlin-Gub. Hutf.	10000	9025	Reichelt Metall	6040	6000
Bing Metall	2550	1825	Reisholz Papier	2100	2001
Bismarckhütte	9500	—	Rhein. Stahlwerke	12600	13000
Bochumer Gusstahl	15000	13000	Rhein.-Westf. Kalkw.	8000	2510
Bösperde Walzwerke	6400	—	Rhl.-Westf. Sprengst.	2900	2406
Bremer Wollindust.			Rhein.-Westf. Zement	—	—
Budorus Eisenwerke	5900	5400	Rombacher Hütten	6500	5011
Busch, Lüdenscheid	3400	4100	Rütgerswerke	4200	4000
Chem. Ind. Gelsenk.	20000	16000	Sarotti		
Consolidation	—	—	Schuckert Elektr.	6400	6101
Daimler Motoren	1900	1780	Siegen-Solingen	2400	—
D.-Lux. Bergwerke	16000	12950	Siemens & Halske	12000	7000
Deutsche Erdöl	26700	28000	Stolberger Zink	12100	11000
Deutsche Kaliwerke	10950	9500	Tecklenburg Schiff	3200	3900
Deutsche Waffenfab.	10700	9900	Ver. Dtsch. Nickelw.	5700	5750
Dürkoppwerke	2950	—	V. Glanzst. Elberfeld	13600	13350
Düsseld. Kammgarn			Wasserwerk Gelsenk.	1050	—
Dynamit A. Nobel	4500	4051	Westeregeln Alk.	—	10411
Elberfelder Farben	6200	5510	Westf. Drahtindustr.	2600	—
Elektr. Licht u. Kraft	3750	3111	do. Eisen- u. Drahtw.	3000	—
Essener Steinkohlen	15000	8000	do. Kupferwerke	—	2501
Fein Jute			Wicking Portl.-Zem.	7300	—
			Wissener Metall	5975	5100
			Wittener Gussstahl	—	11800

Berliner Devisenkurse.

	8. 11., Geld	8. 11., Brief	7. 11., Geld	7. 11., Brief
Amsterdam	3551,10	3568,90	3291,75	3303,25
Brüssel	513,71	516,29	508,72	511,28
Christiania	1716,70	1724,30	1496,25	1503,75
Kopenhagen	1825,49	1834,58	1655,85	1664,15
Stockholm	2438,88	2451,12	2204,47	2215,53
Rom	384,03	385,97	344,13	347,87
London	40389,75	40601,25	37406,25	37593,25
Newyork	9 127,12	9 172,88	8423,87	8471,13
Paris	553,61	556,39	558,60	561,40
Zürich	1675,80	1684,20	1551,17	1558,89
Madrid	1381,59	1388,47	1256,85	1261,15
Wien	12,21	12,29	—	—
Prag	296,25	297,75	274,31	275,69
Warschau	57,—		44.—	
Bukarest			237	

Die Baunot.

× **Bochum**, 8. November. **Die Vereinigung der Stadtbauräte von Rheinland-Westfalen und Hessen-Nassau**, die 48 technische Magistratsmitglieder und Beigeordnete von 28 größeren Städten umfaßt, hat sich in eingehender Beratung mit der Baunot befaßt und dazu eine Entschließung angenommen, in der folgendes gefordert wird: 1. Alle im Jahre 1922 begonnenen oder beschlossenen Wohnungsbauten sind unbedingt im Jahre 1923 fertigzustellen. Neue Bauprogramme sind möglichst erst nach Abwickelung der diesjährigen aufzustellen. 2. Die Mittel zur Durchführung der Bauprogramme müssen in erster Linie durch einen **systematischen Ausbau der Wohnungsbauabgabe** gewonnen werden. Diese Abgabe muß so erhöht werden, daß ihr jährliches Aufkommen zusammen mit den sonst noch möglichen weiteren steuerlichen Maßnahmen zur unmittelbaren Deckung der jährlich aufzuwendenden unrentierlichen Wohnungsbaukosten genügt, so daß langfristige Anleihen und die damit verbundene ständige Belastung des Kapitalmarktes überflüssig werden. 3. Die jetzige Fassung des Paragraphen 9a des Kommunalabgabengesetzes betreffend die Heranziehung der Arbeitgeber zu Beiträgen für den Wohnungsbau ist als ein Fehlgriff anzusehen. Die praktische Unbrauchbarkeit des Gesetzes beginnt sich leider herauszustellen. Die Vertreter der Städte im Landtag müssen schleunigst auf die Verbesserung und Umänderung des Gesetzes hinwirken. 4. Arbeitgeber, welche ihre Fabriken in den letzten Jahren stark vergrößert haben, und dadurch nachweislich zur Verschärfung des Wohnungselends beigetragen haben, sind zu Sonderleistungen heranzuziehen. Es muß ein Gesetz geschaffen werden, das es ermöglicht, die Baugenehmigung zu großen Fabrikbauten von dem gleichzeitigen Bau einer entsprechenden Anzahl von Wohnungen abhängig zu machen. 5. Um bei der augenblicklichen Versteifung des Kapitalmarktes den Gemeinden durch unmittelbare Hergabe von Krediten zu helfen, muß die vom Reich kürzlich bewilligte Summe von drei Milliarden Mark um ein Mehrfaches erhöht werden, da nach den bisher bekanntgewordenen Zahlen die vorhandenen Mittel nur ganz unzureichende Hilfe leisten können. 6. Der Krebsschade des Baustoffwuchers muß ungesäumt durch gesetzliche Maßnahmen bekämpft werden. Dazu gehört auch die preiswerte Abgabe von Bauholz aus staatlichen Forstä. Alle Behörden, Städte, Gemeinden, Verbände und Vereine werden angesichts der Sorge um die Linderung des Wohnungelends dringend gebeten, im Sinne dieser Entschließung zu wirken.

An unsere Leser und Leserinnen!

Durch die unverantwortliche Preispolitik der Papierfabrikanten ist der Papierpreis auf das 810fache des Friedenspreises hinaufgeschnellt. Ein Doppellader Zeitungsdruckpapier, der vor dem Kriege rund 2100 Mark kostete, muß ab 1. November mit 1 620 000 Mark bezahlt werden. Das heißt, das Kilo Druckpapier kostet 162 Mark. Hinzu kommen die gewaltigen Erhöhungen für Farbe, Metalle, Kohlen, Elektrizität usw., die Steigerung der Löhne und Gehälter, der Redaktionskosten und der übrigen zur Herstellung von Zeitungen notwendigen Materialien. Die deutschen Zeitungen müssen den Kampf um die wirtschaftliche Aufrechterhaltung ihrer Betriebe aus eigener Kraft führen. Sie stützen sich dabei auf die Einsicht und Treue ihrer Abonnenten, denn die Erhöhungen stellen das Mindeste dar, was die Zeitungen für ihre Betriebe unumgänglich gebrauchen.

„Bocholter Volksblatt."
„Grenzwarte."

Aus der Heimat.

Bocholt, den 9. November 1922.

:: **Verein für deutsche Schäferhunde.** Der Verein hatte zu Sonntag seine Mitglieder nebst Angehörigen zu einer kleinen Familienfeier eingeladen. Eingangs der Feier wurde vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß die Beurteilung am Sonntag, 29. Oktober, vorgenommen durch Herrn Richter Jos. Reiberg-Hövel, sehr gut verlaufen sei. Namentlich in der Dressur sei vorzügliches geleistet worden. Um den Mitgliedern einen Ansporn zu geben, wurden an die drei besten Hunde Preise wie folgt verteilt: 1. Preis Herr Johann Radstaak, 2. Preis Herr Heinrich Spier, 3. Preis Herr Theod. Geuting, Spork. Der Vorsitzende bat die Mitglieder, weiter so fortzufahren, damit im nächsten Jahre weitere Preise und auch an die übrigen Hunde verteilt werden könnten. Ein gemütliches Tanzkränzchen, unterbrochen von humoristischen Vorträgen, schloß die Feier.

k. **Kath. Gesellenverein.** Am Sonntag wurde im Gesellenverein die Vorstandswahl getätigt. Es sind neu- bezw. wiedergewählt: Jos. Kurenbach, Jos. Terörde, B. Reher, H. Krabbe, A. Ritter, Joh. Wilken, Jos. Lütkenhorst und K. Giesen. Als Senior wurde J. Kurenbach wiedergewählt. Das Winterprogramm hängt im Wirtschaftszimmer und im Kegelsaal zur Einsichtnahme aus. Noch in diesem Monat wird für die Mitglieder und Ehrenmitglieder ein bunter Abend veranstaltet. Am Sonntag, den 12. November, abends 8,30 Uhr, findet der erste Vortrag über Reichsverfassung und Bürgerkunde statt. Den Vorträgen, welche regelmäßig Sonntags in fortlaufender Reihenfolge gehalten werden, soll eine Aussprache folgen. Anschließend daran gemütliche Unterhaltung. Es wird daran erinnert, daß alle Mitglieder verpflichtet sind, an den Religionsvorträgen, welche regelmäßig Montags abends 8,30 Uhr stattfinden, teilzunehmen. Am Mittwoch, den 18. November, ist eine Pflichtversammlung aller aktiven Mitglieder.

(:) **Die Notgeldumlauffrist verlängert.** Das Reichsfinanzministerium entschloß sich, wie der Amtliche Preußische Pressedienst meldet, unter Zustimmung der beteiligten preußischen Stellen die Umlaufsfristen für genehmigtes Notgeld bis zum 15. Dezember zu verlängern. Soweit in den einzelnen Fällen die bewilligten Umlaufsfristen erst nach dem 15. 12. ablaufen würden, verbleibt es bei dieser Frist. Die Verlängerung gilt auch für diejenigen Scheine, auf denen ein früherer Ablauf der Frist ausdrücklich vermerkt ist.

„ **Die leere Postkarte 80 Pfennig.** Die Preise der Vordrucke der Post sind mit dem 1. November wieder erhöht worden. Achtzig Pfennig kostet jetzt eine leere Postkarte, Paketkarte, ein Postauftrag, eine Postanweisung und Zahlkarte. Doppelkarten und Zustellungsurkunden kosten 1.60 Mark, der Postkreditbrief 30 Mark, zehn Scheckbriefumschläge zwölf Mark. 100 Mark kostet ein Scheckheft oder ein Ueberweisungsheft mit 50 Blättern sowie 100 Zahlungsanweisungen.

a. **Kleiderdiebstahl.** Aus dem Hausflur eines Hauses in der Südstadt wurden vor einigen Tagen zwei Herrenüberzieher gestohlen. Der Dieb hatte sie an einen Althändler verkauft, der durch seine Personalbeschreibung die Ermittelung des Diebes ermöglichte.

r. **Gefaßter Fahrraddieb.** Einem Kriminalbeamten fiel dieser Tage auf dem Markt ein Mann auf, der in die Osterstraße ging und bald darauf zu Rade zurückkam. Er stellte ihn zur Rede, und da jener sich in Widersprüche verwickelte, nahm er ihn mit zur Wache, wo sich herausstellte, daß das Fahrrad gestohlen war. Da kam auch schon ein Landwirt aus der Umgebung auf die Wache gelaufen, dem man vor einigen Minuten sein Rad vor einer Wirtschaft in der Osterstraße gestohlen hatte. Die Freude war groß, als er sein Stahlroß auf der Wache schon stehen sah. Die Unterhaltung zwischen dem Dieb und dem Bestohlenen soll darauf sehr lebhaft und — überzeugend gewesen sein.

k. **Die Millionendiebe gefaßt.** Der unermüdlichen Tätigkeit der Bocholter Kriminalpolizei, die Tage und Nächte lang auf der Lauer lag, um die verdächtigen Personen zu überwachen, ist es gelungen, den Einbruchsdiebstahl in der Fabrik an der Dingerloerstraße aufzuklären. In der letzten Nacht wurden die 5 Täter verhaftet. Sie hatten die Stücke Baumwollwaren schon an Privatpersonen verkauft. Auch diese Hehler wurden ausfindig gemacht. Die Stücke waren in leeren Karbidtrommeln auf dem Felde vergraben und konnten restlos wieder beigeschafft werden.

:: **Gegen die Trunksucht.** Bedauerlicherweise hat in letzter Zeit die Zahl der Betrunkenen, die sich zu jeder Tages- und Nachtzeit auf den Straßen herumtreiben und Anstoß erregen, in erschreckender Weise zugenommen. Die Regierung hat deshalb Anweisung erteilt, diese Mißstände mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Insbesondere soll künftig auch gegen diejenigen eingeschritten werden, die die Bestimmungen über Innehaltung der Polizeistunde nicht befolgen und der Völlerei Vorschub leisten. So dürfen z. B. Gast- und Schankwirte sowie Kleinhändler mit Branntwein solchen nicht verkaufen: a) an Kinder unter 14 Jahren, (an Jugendliche unter 16 Jahren nicht zum sofortigen Genuß), b) an Betrunkene oder sogenannte Trunkenbolde, c) nach Eintritt der Polizeistunde bis morgens 8 Uhr. Die Polizeiverwaltung wird deshalb künftig rücksichtslos gegen Zuwiderhandelnde einschreiten und dieselben zur Anzeige bringen. Gegebenenfalls wird auch die Entziehung der Wirtschaftskonzession in Erwägung gezogen.

a. **Steuerabzug.** Das Finanzamt Borken schreibt uns: Zur Beseitigung bestehender Zweifel wird darauf hingewiesen, daß als Steuerabzug für Einkommensteuer ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens stets 10 Prozent des Arbeitslohns einzubehalten und von diesem Betrage die dem Arbeitnehmer zukommenden Ermäßigungen abzusetzen sind. Also auch bei dem Einkommen von mehr als 100 000 Mark sind 10 Prozent (nicht 15 Prozent) oder mehr einzubehalten. Arbeitnehmer, deren Einkommen die 10prozent. Tarifgrenze (z. Zt. 100 000 Mark) übersteigt, sind nach Ablauf des Jahres vom Finanzamt zu veranlagen und haben die Differenz zwischen veranlagter Steuer und bewirktem Steuerabzug nachzuzahlen.

*

a. **Rhede,** 8. Nov. **Ernennung.** Herr Amtsverwalter Josef Dörner, der seit Oktober v. Jrs. das Amt Rhede verwaltet, ist durch Verfügung des Herrn Oberpräsidenten zum Amtmann des Amtes Rhede ernannt worden. Herr Amtmann Dörner ist geboren am 13. Dezember 1889 zu Wissen, Kreis Altenkirchen. Möge ihm noch lange Jahre segensreicher Tätigkeit für das Amt Rhede beschieden sein.

* **Kleve,** 8. Nov. **Gefaßter Schmuggler.** Beim Zollamt Wyler wurden einem Insassen der Straßenbahn Waren im Werte von 1 200 000 Mark beschlagnahmt, die verbotswidrig ausgeführt werden sollten. Es handelt sich um goldene und silberne Uhren, ein Platinkollier mit echten Perlen, eine goldene Kette, Vergrößerungsgläser, Fensterleder, Tülldecken, Wäsche usw. Die Waren waren am Körper und im Koffer versteckt.

* **Wesel** 8. Nov. **Festnahme von 2 Schiebern.** Gestern nachmittag wurde von einer Polizeistreife auf dem hiesigen Bahnhof 1 Ausländer und 1 Deutscher abgefaßt, die 500 Eier ins Ausland verschieben wollten. Bei beiden Personen wurde auch noch ein Geldbetrag von über 20 000 Mark vorgefunden. Die Eier und der Geldbetrag sind beschlagnahmt und die beiden Personen festgenommen worden. Nach den gemachten Feststellungen haben dieselben Personen am 6. ds. Mts. 1 Pferd und einen Wagen nach Holland verschoben.

Infolge Betriebsschwierigkeiten konnten wir heute nur eine 4seitige Ausgabe herstellen. Wir werden unsere Leser zu gegebener Zeit entschädigen.



Der liebe Gott nahm heute nacht ½1 Uhr unser innigstgeliebtes unvergeßliches Zwillingstöchterchen u. unser lieb. Schwesterchen

Theresia

nach kurzer schwerer Krankheit wieder zu sich in den Himmel.

In tiefer Trauer:
Bernhard Reiker und Frau Bernhardine geb. **Wolfring.**

Bocholt, den 9. November 1922.

Die Beerdigung findet statt am Samstag morgen ½9 Uhr vom Sterbehause, Blücherstr. 4 aus, wozu freundlichst eingeladen wird.

---

†

Das Jahres-Seelenamt
für die
Verstorbenen der Familie Felix Ahlers
findet statt am Freitag, den 10 November, 8½ Uhr in der St. Georgius-Pfarrkirchr, wozu freundlicht eingeladen wird.

---

†

Das Jahres-Seelenamt
für die verstorbene
Ehefrau Wilhelm Berendsen
Johanna geb. **Becking**
findet statt am Samstag, den 11. d. M., morgens ½9 Uhr in der St. Georgius-Pfarrkirche, wozu irdl eingeladen wird.

Heute abd. ½9 Uhr: Wanderpreis-Wettschreiben.



Unserm allverehrten Ehrenvorsitzenden

Herrn Theo Eigener

sowie den Mitgliedern zu ihrem heutigen Namenstage ein kräftiges

Gut-Heil

Gewidmet vom

Kraftsport- und Turnverein Bocholt.

R. V. Wanderlust. D. D. R.

Donnerstag, den 9. ds. Mts., abends punkt 8 Uhr

wichtige

Versammlung

im Vereinslokale Krauefeld.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Vom 1. November ds. Jrs. ab sind die Preise für Gas und Elektrizität wie folgt festgesetzt:

Gas:
Einheitspreis 44,— Mark pro Kubikmeter.

Elektrizität:
Lichtstrom 98,— Mark pro K.W.St.
Kraftstrom 50,— Mark pro K.W.St.

Auf die Bekanntmachung vom 4. ds. Mts. wird Bezug genommen.

Bocholt, den 7. November 1922.

Städt. Licht- und Wasserwerk.

Bekanntmachung.

Die unterzeichnete Molkerei hat 150 Zentner Kleie ab Lager Nössing an ihre Genossen abzugeben. Abgabe erfolgt nur zentnerweise zu 3060 Mk. pro Zentner gegen sofortige Kasse bei Abnahme. Leere Säcke sind mitzubringen. Interessenten können sich bis zum 15. d. M. bei Herrn Theodor Nössing melden.

Molkerei Rhede.

Mehrere

Zeitungsboten

sofort gesucht.

Bocholter Volksblatt.

Gesucht auf sofort oder zum 1. Dezember ein

Tagelöhner

auf einer Kathstelle. — Größe nach Belieben.
Auskunft in der Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtige, kapitalkräftige Person als

Filialleiterin

gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Von **Freitag morgen** an ist wieder

Rindfleisch

zu 250 Mark das Pfund zu haben bei

Heinrich Kock, Nobelstr. 31.

Gut erhaltene

Guitarre

zu kaufen gesucht.

Off. u. **A. 100** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gut erhaltene

Geige

(¾) mit Zubehör preiswert zu verkaufen

Näh. Geschäftsstelle.

Ein zugeflogenes

Pferd

(Doppel-Pony) zu verkaufen. kb8478

Näh. Geschäftsstelle. G

Frauenhaar

kauft jeden Posten zu höchsten Preisen

W. Gathmann,
Osterstr. 51.
Haarschmuck-Reparaturen.

Schwarzled. Brieftasche

mit Inhalt von Wirtschaft Telake, Dingdener Chaussee, bis Windmühle **verloren.** Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtige

Büglerinnen

werden sofort eingestellt.

Bocholter Dampfwaschanstalt
Südwall 26.

Zum 1. Dezember anständiges, sauberliebes

Mädchen

welches zu Hause schlafen kann, für kleinen Haushalt bei hohem Lohn gesucht.

Näh. Geschäftsstelle.

Saubere, zuverlässige

Frau oder Mädchen

zum Waschen gesucht. 3052 **Schwartzstr. 11.**

Auf sofort ein

Knecht

für landwirtschaftliche Arbeiten gesucht. kb6081

Näh. Geschäftsstelle.

Heute sind prima, gelbe

Speise-Steckrüben

am Lager Industriestraße gegenüber Cosmann Cohens Fabrik u. am Lager Südmauer zu haben

Fritz Blömker.

Ein guterhaltener, weiß emaillierter

Kochherd

zu verkaufen

Näh. Geschäftsstelle.

Wer tauscht Kohlen gegen Stroh u. Möhren.

Näh. Geschäftsstelle.

Ein wollenes Kleid

für junges Mädchen zu verkaufen. kb8480

Nordstr. 594 (Toreingang).

Städt. freiwillige Feuerwehr Bocholt



Zur Teilnahme am Ordnungsdienst u. zum Schutze der Kinder beim

Martinszug

versammeln sich die Kameraden am Freitag abend 5¼ Uhr am Gerätehaus.

Ab 5 Uhr Ausgabe der Mäntel auf dem Geschäftszimmer.

Der Branddirektor.

Kath. Lehrlingsverein.

Heute, Donnerstag 8,30 Uhr

Religionsvortrag.

Verein für jug. Arbeiter

Freitag, den 10. Nov., ½9 Uhr abends:

Vorbereitungsvortrag.

Zu

St. Martin

empfehle:

Walnüsse Pfd. 125 M.
Haselnüsse „ 250 „

Fritz Blömker.